

## Presseinformation

Nr. 269 / 2013

Gesundheit / Tabakwerbeverbot

Kiel, Donnerstag, 30. Mai 2013

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Christopher Vogt, MdL**  
Stellvertretender Vorsitzender

**Dr. Heiner Garg, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

### Anita Klahn: Keine weitere Verschärfung notwendig

Zur Forderung der Landesregierung das Tabakwerbeverbot zu verschärfen, erklärt die gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Die Landesregierung will einerseits das Tabakwerbeverbot verschärfen, andererseits gibt es ernsthafte Überlegungen in der Koalition, die Bagatellgrenze für Cannabis hochzusetzen und Drug-Checking-Angebote einzuführen. Da muss man sich schon fragen, wie das zusammenpasst. Andersherum wird ein Schuh draus: Keine Erhöhung der Bagatellgrenze und keine Verschärfung bei der Tabakwerbung.

Denn eine weitere Verschärfung des Tabakwerbeverbotes ist nicht zu rechtfertigen. Legal hergestellte Produkte müssen auch legal beworben werden dürfen. Der mündige Bürger kann für sich selbst eigenverantwortlich entscheiden, welche Produkte er konsumieren möchte oder nicht. Zum Schutz der Jugend muss dagegen die Aufklärung verbessert und der Zugang zu Tabakprodukten weiter erschwert werden. Werbeverbote sind dabei kein geeignetes Mittel. So liegt die Raucherquote in Deutschland sowohl bei Erwachsenen als auch bei Jugendlichen unterhalb des EU-Schnitts. Bei Jugendlichen liegt die Quote auch deutlich unter der Frankreichs, obwohl dort ein absolutes Werbeverbot herrscht. Andere Faktoren spielen also offensichtlich eine größere Rolle. Ebenso könnten mit der gleichen Argumentation auch Werbeverbote für fettige Speisen gefordert werden. Diese Art von Verbotsdenken passt nicht zu unserer offenen Gesellschaft. Die FDP lehnt sie daher aus grundsätzlichen Überlegungen ab.

Die Landesregierung sollte sich stattdessen auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass der Tabakanbau nicht wieder durch die EU subventioniert wird.“